

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Mali

Datum: 21. Juni 2013

Präsidentenwahlen in Mali – die Wahlkommission bereitet sich vor

Die Zeichen in Mali stehen auf Besserung: nach fast zweiwöchigen Verhandlungen unterzeichnete die Interimsregierung des Landes mit den beiden Tuareg-Rebellengruppen „Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA) und „Hoher Rat für die Einheit Azawads“ (HCUA) am 18. Juni 2013 einen vorläufigen Friedensvertrag. Das als historischer Schritt gefeierte Abkommen besiegelt einen offiziellen Waffenstillstand und sieht die Unterbringung der Rebellen in Basislagern als ersten Schritt ihrer Entwaffnung vor. Darüber hinaus soll es eine sukzessive Wiedereingliederung der Stadt Kidal in staatliche Strukturen ermöglichen; die strategisch bedeutsame Stadt und gleichnamige Region im Nordosten des Landes stand bisher nach wie vor unter der Kontrolle der MNLA. Nun soll ein gemeinsamer Zeitplan für die schrittweise Rückkehr von Armee und Verwaltung nach Kidal ausgearbeitet werden.

Das international viel beachtete Abkommen eröffnet vor dem Hintergrund der seit 15 Monaten schwelenden Krise in Mali nun erstmals glaubhafte Perspektiven für einen Friedensprozess und leistet einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung der nationalen territorialen Integrität. Gleichzeitig stellt es einen Meilenstein hinsichtlich der für den 28. Juli 2013 angesetzten Präsidentenwahlen dar. Die Pläne der malischen Behörden, die Wahlen im gesamten Staatsgebiet stattfinden zu lassen, galten wegen der unsicheren Verhältnisse im Norden bisher als praktisch nicht realisierbar. Die nur circa einen Monat vor dem geplanten Wahlgang in Ouagadougou zustande gekommene Vereinbarung soll nun eine landesweite Durchführung der Wahlen – also auch in Kidal – ermöglichen und wirkt damit als wichtiges Signal für eine Rückkehr des malischen Staates in demokratische Strukturen.

„Wem sollen wir die Schlüssel zurückgeben?“ Diese Frage stellte Pierre Lellouche, Präsident der Sahelgruppe der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Nationalversammlung, während einer Parlamentsdebatte über den französischen Militäreinsatz in Mali im April 2013. Einige Monate später gilt es nun in der Tat, einen geeigneten Empfänger zu ermitteln, der die „Schlüssel“ zu Malis Zukunft verantwortlich und kompetent einzusetzen weiß. Dabei steht eines fest: allein das Volk soll diesen im Rahmen freier und transparenter Wahlen bestimmen dürfen. Hierfür ist allerdings unerlässlich, dass die im Juli stattfindende erste Runde der Präsidentenwahlen in ihrer technischen Durchführung den angekündigten

Maßstäben entspricht; nur so kann es gelingen, das Vertrauen der malischen Bevölkerung in staatliche Strukturen wiederherzustellen und erneute Spannungen während des Wahlprozesses zu verhindern. Während sich Mali auf seine erste freie Abstimmung seit dem Militärputsch 2012 vorbereitet, muss es daher oberste Priorität sein, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine professionelle Organisation und Überwachung der Wahlvorgänge zu ermöglichen.

In Malis Hauptstadt Bamako gelang es nun, diesem Ziel ein Stück näher zu kommen: vom 17. bis 20. Juni 2013 fand dort das „*Séminaire de Renforcement en Capacités de la Commission Electorale Nationale Indépendante (CENI) du Mali en Matière Electorale*“ statt. Das Seminar wurde von der Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten (CEN-SAD) und der malischen Regierung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika veranstaltet. Zielgruppe waren hochrangige Vertreter der malischen Wahlkommission (CENI), die aus allen Teilen des Landes angereist kamen. Der Kommission obliegt laut Gesetz die technische und materielle Vorbereitung der Wahlen, ihre Durchführung und die Verkündung der vorläufigen Wahlergebnisse. Sie spiegelt die Gesamtgesellschaft des Landes wider (Parteien, Wirtschaft, Zivilgesellschaft etc.) und ist somit eine unabhängige Institution mit der Aufgabe, freie, transparente und glaubhafte Wahlen zu organisieren.

Während des Seminars wurden die Mitglieder der CENI durch verschiedene Trainings in Disziplinen unterrichtet, deren Verständnis für eine erfolgreiche Durchführung von Wahlen bedeutsam ist. So deckten die Vorträge der Experten, welche aus der Politik, aus Verfassungsgerichten und internationalen Organisationen rekrutiert worden waren, sowohl Themen theoretischen Inhalts – so etwa gesetzgeberische Grundlagen und demokratische Prinzipien – als auch technischer Natur ab – zum Beispiel Durchführungsbestimmungen und den Einsatz von Kommunikationsinstrumenten im Wahlprozess. Ein besonderes Augenmerk galt der Schulung in Wahlbetrugs – und Transparenzmechanismen, da vor dem Hintergrund der labilen innenpolitischen Situation in Mali weiterer Destabilisierung durch Wahlanfechtungen vorgebeugt werden soll.

Prominente Gäste und Vortragende waren u.a. Bako Arifari Nassirou, Außenminister von Benin, Dr. Nagoum Yamassoum, ehemaliger Präsident des Verfassungsrats des Tschad, Abdourahmane Ousmane, Präsident des obersten Rates für Kommunikation im Niger, Ibrahim Sani Abani, Generalsekretär der CEN-SAD, Dr. Mamadou Diamoutani, Präsident der CENI in Mali, und Shumbana Karumé, die Kommissarin für politische Angelegenheiten der Afrikanischen Union. Die Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung war durch eine Initiative der CEN-SAD zustande gekommen, die angeregt hatte, die Stiftung könne sowohl in der inhaltlichen Konzeption als auch durch ihre lokalen Netzwerke einen wichtigen Beitrag zum Projekt leisten.

Die Inhalte der Veranstaltung wurden von den Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen. Es ergaben sich intensive Diskussionen, in denen Erfahrungswerte und bewährte Praktiken aus unterschiedlichen Landesteilen ausgetauscht wurden. Es ist zu hoffen, dass die Informationen des Seminars genutzt werden können, um die technischen Prozesse der Wahlen im Juli so reibungslos wie möglich abzuwickeln. Hierzu gehört eine hochqualitative Betreuung und Überwachung des Wahlvorgangs, eine genaue Abstimmung zwischen der CENI und dem Ministerium für territoriale Verwaltung, und die professionelle Zusammenarbeit aller Beteiligten. Die CENI als

wichtigstes logistisches Organ im Wahlprozess muss sich der hohen Verantwortung bewusst sein, die sie für die Stabilisierung des innenpolitischen Klimas in Mali trägt. Ihr gerecht zu werden bedeutet, technisch dazu in der Lage zu sein, bei der Durchführung und Auswertung der Präsidentschaftswahlen angemessene Standards zu erfüllen; nur so kann die CENI von der Öffentlichkeit als glaubwürdige Wahlinstitution wahrgenommen und das Vertrauen der Bevölkerung in den malischen Staat grundlegend verbessert werden.

Auch wenn der gewählte Zeitpunkt der Wahlen nicht unumstritten ist, so ist ihre landesweite Durchführung doch von ausschlaggebender Bedeutung für einen raschen institutionellen und materiellen Wiederaufbau Malis. Allein über die Wiederherstellung des demokratischen Prozesses und mithilfe einer legitimen, alle Bevölkerungsschichten des Landes repräsentierenden Regierung können verfassungsrechtliche Ordnung und staatliche Verwaltung im ganzen Land wiederhergestellt werden. Drängende Aufgaben wie die Entwaffnung der Rebellen, der Umgang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern, ein endgültiges Friedensabkommen mit den Tuareg-Gruppen und die Frage nach der politischen Zukunft des Azawad vermag nur eine starke und handlungsfähige Regierung zu bewältigen. Im Sinne dieser Priorisierung sind auch die finanziellen Zusagen internationaler Geber (mehr als drei Milliarden Euro) an die Rückkehr Malis zu demokratischen Strukturen in Form einer ordnungsgemäßen Präsidentschaftswahl gekoppelt.

Der Beitrag der malischen Wahlkommission kann nur ein Teilelement der inneren Befriedung des Landes sein; eine langfristige Bewältigung der vielschichtigen Probleme des Sahelstaates bedarf komplexer, tief greifender Lösungsansätze. Wahlen in Afrika bergen jedoch oftmals bereits in ihrer technischen Durchführung hohes Konfliktpotenzial. Eine gut vorbereitete, in ihren Kapazitäten gestärkte Wahlkommission kann folglich entscheidend zu einem reibungslosen Wahlvorgang beitragen und damit Frieden und Stabilität in Mali und der gesamten Region nachhaltig stärken. Es bleibt daher zu hoffen, dass es den Organisatoren des viertägigen Seminars in Bamako gelang, eine weitere Entspannung der politisch hochbrisanten Lage in Westafrika nachhaltig zu fördern.

Autor: Demian Regehr

Der Autor leitet das Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Accra, Ghana

Redaktion: Ralf Wittek, Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 21. Juni 2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de